

# **Bundeswehr-Umstrukturierung PRIVATE: Verteidigungs- oder Interventionsarmee? (15.06.2000)**

Prof. Dr. Gert Sommer, Marburg

1. Vorsitzender des Forums Friedenspsychologie

Seit einiger Zeit wird in der deutschen Öffentlichkeit die Umstrukturierung der deutschen Bundeswehr diskutiert. Die üblichen Vorschläge aus der Politik unterscheiden sich wesentlich in der Anzahl der als angemessen angesehenen Soldaten und in der Frage, ob es künftig noch eine Wehrpflicht geben soll. Sie sind sich aber im wesentlichen darin einig, daß die Bundeswehr effektiver und "wieder bündnisfähig" werden soll. Dazu gehört - neben der technischen Modernisierung - insbesondere die Ausweitung von „Krisenreaktionskräften“. Damit ist ein entscheidender Wandel in den Aufgaben der Bundeswehr vorgesehen, ohne daß dies im Parlament und in der Öffentlichkeit angemessen diskutiert wird. Daher formulieren wir dazu im folgenden einige grundsätzliche Überlegungen aus der Sicht von Psychologie und Konfliktforschung.

Die Aufgabe der sog. Krisenreaktionskräfte besteht darin, mehrere Krisen gleichzeitig irgendwo in der Welt militärisch zu "bearbeiten". Die - viel zu wenig beachteten - "Verteidigungspolitischen Richtlinien" der Regierung Kohl formulierten bereits 1992 als entsprechende Ziele von Bundeswehreinsätzen u.a. "... die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt...". Mit der finanziellen und logistischen Beteiligung am 2. Golfkrieg, dem Bundeswehreinsatz in Somalia und schließlich der direkten Kampfbeteiligung am Kosovo-Jugoslawienkrieg 1999 wurde die militärische Zurückhaltung im Sinne der reinen Landesverteidigung schrittweise aufgegeben, die Öffentlichkeit allmählich an Kriegseinsätze außerhalb des eng definierten Verteidigungs- und Bündnisfalles gewöhnt. Kriege, die nicht der eigenen Verteidigung dienen, dürfen wieder gedacht, geplant und durchgeführt werden. Damit ist ein fundamentaler Wechsel in der Militärdoktrin angekündigt und zum erheblichen Teil bereits verwirklicht.

Es wird allseits zugestanden, daß Deutschland "von Freunden umzingelt" ist und daß ein Angriff auf das deutsche Territorium in überschaubarer Zeit sehr unwahrscheinlich ist. Daraus werden aber von den politisch und militärisch Verantwortlichen nicht die angemessenen Konsequenzen gezogen hin zu Abrüstung und Nutzung der „Friedensdividende“. Stattdessen wird mit der Umgestaltung des Militärs von einem strikten Verteidigungsauftrag hin zu einer allgemeinen Fähigkeit, bei Krisen irgendwo in der Welt militärisch zu intervenieren, die Wahrscheinlichkeit erhöht, auch die deutsche Außenpolitik stärker zu militarisieren. Bezogen auf vergleichbare Diskussionen in Westeuropa ist im neuesten Friedensgutachten 2000 der deutschen Friedensforschungsinstitute zu lesen: „Ausgerechnet auf die militärische Intervention in Jugoslawien, die den erwarteten Erfolg schuldig geblieben ist, antwortet die Europäische Union mit einem Konzept, das die Militärlastigkeit westlicher Sicherheitspolitik noch verschärfen könnte“.

Insbesondere aufgrund seiner Geschichte im 20. Jahrhundert sollte Deutschland eine wesentliche Aufgabe nicht in weiterer Aufrüstung sehen, sondern substantielle Beiträge zur Entschärfung und Beseitigung der drängendsten Probleme und Konflikte in der Welt leisten. Statt der Bundeswehr nach Beendigung des Ost-West-Konflikts ständig neue Aufgabenfelder zu verschaffen, wären entsprechende Entwicklungs- und Katastrophenhilfen von den bereits in diesen Feldern wirkenden zivilen Institutionen (wieder) zu übernehmen und diese effektiver auszustatten. In dieser historischen Situation sollten friedensorientierte Gesellschaften weitreichende Abrüstungsmaßnahmen einleiten und die frei werdenden Ressourcen in die menschliche Entwicklung investieren.

Nach dem 2. Weltkrieg wurde die UNO gegründet, damit Konflikte künftig gewaltfrei gelöst werden. Insbesondere durch den Ost-West-Konflikt war die UNO jahrzehntelang in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Durch den Kosovo/Jugoslawienkrieg und das damit verbundene Selbstverständnis der NATO - das weltweit mit weitem Abstand stärkste Militärbündnis - wird der UNO erneut strukturell großer Schaden zugefügt, da die USA und die NATO sich vorbehalten, militärisch einzugreifen, ohne dazu vom Weltsicherheitsrat ein Mandat erhalten zu haben. Damit wird das bisher geltende System internationaler Beziehungen direkt in Frage gestellt. Die NATO erweiterte im Laufe der 90er Jahre ihr Aufgabenspektrum weg von der (territorialen) Verteidigung hin zu einer weltweiten Interventionsarmee (u.a. FR vom 21.4.99). Die NATO droht zudem mit dem Ersteinsatz von Atomwaffen, obwohl dies vom Internationalen Gerichtshof in den Haag in wünschenswerter Klarheit als Bruch des Völkerrechts bezeichnet wurde.

Es wäre nützlich, wenn die verantwortlichen Politiker und Militärs einen *Perspektivenwechsel* vornehmen würden: Wie hätten Deutschland und die NATO wohl reagiert, wenn Russland eine „Westerweiterung“ des Warschauer Vertrages mit den entsprechenden waffentechnischen und strategischen Begleitprogrammen betrieben hätte? Und wäre es u.a. von Russland etwa nicht positiv aufgenommen worden, wenn die OSZE ausgebaut und gestärkt worden wäre anstelle der NATO-Osterweiterung.

Aus der Perspektive von Friedens- und Konfliktforschung, die das Ziel einer zivilisiert(er)en und gerecht(er)en Welt hat, in der Konflikte gewaltfrei ausgetragen werden, sind wesentliche Fehlentscheidungen getroffen worden: Statt Strukturen und Mechanismen gewaltfreier Konfliktaustragungen zu stärken, haben die westlichen führenden Industriemächte mit der NATO einseitig ihre militärische Stärke erhöht. Mit jährlich fast 500 Mrd. US\$ ist die NATO weltweit für nahezu zwei Drittel der jährlichen Militärausgaben verantwortlich. Dies erschwert weltweit militärische Abrüstung und wird eher zu weiterer Aufrüstung bei anderen Staaten führen.

Dem Ausbau des Militärs liegt ein *Denkmuster* zugrunde, nach dem Menschheitskonflikte militärisch gelöst werden können; das militärisch-technisch Machbare wird als politisch wünschenswert ausgegeben. Die großen Probleme der Menschheit - insbesondere das Ökologieproblem, aber auch die Probleme von Diskriminierung, Armut und Arbeitslosigkeit (vgl. etwa die jährlichen Berichte der Vereinten Nationen zur menschlichen Entwicklung) - lassen sich militärisch nicht lösen, sie sind aber die Ursache vieler Konflikte. Statt weiterhin enorme intellektuelle und wirtschaftliche Kapazitäten im militärischen Bereich zu verschwenden, sind diese Ressourcen zur gewaltfreien Lösung der weltweiten Probleme einzusetzen. Die Menschheit wäre schon jetzt in der Lage, jedem Menschen die Voraussetzungen für ein würdiges Leben zu bieten, d.h. den Menschen neben bürgerlichen Freiheiten auch menschenwürdige Wohnung, Nahrung, Kleidung und ärztliche Versorgung zu garantieren. Dies wäre auch zu realisieren, wenn allgemeine Maxime der Politik wäre, vorrangig für die Verwirklichung von bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten zu sorgen, und zwar für alle Menschen auf dieser Erde.

Der frühere UNO-Generalsekretär Boutros-Ghali hat mit seiner "Agenda für den Frieden" in den 90er Jahren weitreichende Vorschläge gemacht, wie Konflikte frühzeitig erkannt und durch politische und wirtschaftliche Unterstützung gewaltfrei gelöst werden können. Es ist zur friedlichen Lösung künftiger Konflikte dringend erforderlich, die bereits vorhandenen Strukturen (UNO, in Europa zusätzlich OSZE) und Mechanismen so weiterzuentwickeln, daß die Konfliktparteien zu Lösungen und Kompromissen geführt werden, mit denen sie langfristig leben und bei denen die politischen Repräsentanten ihr Gesicht wahren können. Wirtschaftliche, ökologische, soziale und ethnische Konflikte müssen gewaltfrei gelöst werden; militärische Mittel verschärfen Konflikte, produzieren menschliches Leid und provozieren weitere Gewalt. Bomben säen Haß

und Verzweiflung. Es gibt seit langem Vorschläge, schwere Krisen auf der Erde - insbesondere Völkermord und Hungerkatastrophen - anhand bestimmter Indizes vorherzusagen, zu analysieren und dann präventiv tätig zu werden. Diese Vorschläge müssen endlich politisch umgesetzt und wissenschaftlich weiter bearbeitet werden. Die Wirksamkeit gewaltfreier Krisen- und Konfliktbearbeitung hängt wesentlich von den menschlichen Kompetenzen und den materiellen Ressourcen für diesen Bereich ab. Insbesondere die Jugoslawienkriege haben wieder demonstriert, daß die für Europa zuständige zivile Organisation, die OSZE, in dieser Hinsicht völlig unzureichend ausgestattet ist (vgl. u.a. die FR-Dokumentation des deutschen Generals bei der OSZE in Wien, Heinz Loquai, zum Jugoslawien/Kosovokrieg vom 22.9.99).

Mit der *Militarisierung des Denkens* droht ein Abbau der demokratischen Substanz. Die Krisen und Kriege der letzten Jahrzehnte haben gezeigt, daß die formal garantierte Pressefreiheit inhaltlich allzu schnell ausgehöhlt werden kann. So haben neuere Untersuchungen zum Jugoslawien-Kosovo-Krieg immer deutlicher aufgezeigt, daß das Parlament und die Öffentlichkeit zumindest unzureichend und einseitig, wenn nicht bewußt falsch „informiert“ wurden. Dies betrifft u.a. die verpaßten Möglichkeiten zur gewaltfreien Konfliktlösung, das für Jugoslawien unannehmbare Friedensdiktat von Rambouillet, das Ausmaß an Vertreibung und Opfern vor und nach Kriegsbeginn, die Rolle der UCK (diese z.B. mutierte im Laufe des Jahres 1998 sprachlich wundersamerweise von einer Terror- zu einer Befreiungsorganisation); es betrifft aber auch das „Massaker von Racak“ und den „Hufeisenplan“, die beide nach jetzigem Wissensstand als geschickte Inszenierungen zur Rechtfertigung des NATO-Krieges angesehen werden müssen. Komplementär zum Aufbau des Feindbildes Milosevic wurde das westliche Selbstbild idealisiert und überhöht: "Verteidiger der Menschenrechte" ist ein besonders beliebtes Argumentationsmuster. Die NATO-Staaten werden als "Völkergemeinschaft" bezeichnet, obwohl dieser Begriff bislang den UN vorbehalten war; entsprechend wird das NATO-Militär als "internationale Friedenskräfte" bezeichnet (FR, 8.4.99). Diese einseitige Informationspolitik führte zu einem erstaunlich vereinheitlichten „Gruppendenken“: Nahezu unangefochten wurde der Krieg als einzig mögliche und richtige Entscheidung dargestellt – obwohl gegen die UNO-Charta und das Grundgesetz verstoßen wurde. Es sei daran erinnert, daß schon im zweiten Golfkrieg Zensur und gezielte Desinformationen der Öffentlichkeit einen wesentlichen Teil der westlichen Kriegsführung ausmachten.

Für die derzeitige Diskussion um die Bundeswehr ergeben sich aus unseren Ausführungen folgende Schlußfolgerungen: Die Bundeswehr ist zu einem defensiven Dienst zu gestalten und entsprechend zu verkleinern. Die Aufgaben haben sich - entsprechend der UNO-Charta und dem Grundgesetz - strikt auf Verteidigung zu beschränken. Die Politik hat sich an den - auch von Deutschland ratifizierten - Menschenrechtspakten zu orientieren.

Eine substantielle Veränderung der Bundeswehraufgaben wäre von denen, die das wünschen, explizit zu benennen und zu begründen. Dazu sollte das verschleiernde Wort „bündnisfähig“ konkretisiert werden; es müßte dann wohl angemessener als „weltweite militärische Interventionsfähigkeit – notfalls auch unter Bruch des Völkerrechts“ bezeichnet werden. Für ein demokratisches Land mit garantierter Pressefreiheit ist die derzeitige Diskussion um die „Bündnisfähigkeit“ der Bundeswehr durch eine seltsame Eintracht von großen Teilen der Politik, der Medien und der Öffentlichkeit gekennzeichnet. Es ist zu hoffen, daß differenziertere Auseinandersetzungen beginnen, wenn die fundamental veränderten Ziele und Mittel der Bundeswehr expliziert werden.